

Bitte helfen Sie unserem Aufklärungskampf mit einer Spende. Die Klartextstimme muss bleiben. Auch die ARCHIVSCHLAGZEILEN per PDF-Versand bei Spende: [hier klicken](#)

NATIONAL JOURNAL

SCHLAGZEILEN HEUTE

Nr. 7/14.2.2000
DER SPIEGEL
BRD: IM LAND DER LÜGEN

30. Juli 2017

Hauptseite: <http://concept-veritas.com/nj/deutsch.htm>

Bücher des Weltwissens



Das Vernichtungsprogramm des EU-Herrschers George Soros



Die BRD ist gemäß Horst Seehofer „ein Unrechtsstaat“, in dem Politiker nichtgewählten Mächtigen dienen müssen. Es ist hauptsächlich der Global-Jude George Soros, dem die BRD-Politiker dienen, der seine Milliarden zur Vernichtung der ethnischen Strukturen einsetzt – und er steht dank unserer Merkels und Seehofers vor dem Endsieg. Der einzige Staatschef Europas, der Merkels Chef Soros angreift und ihn den Vernichter Europas nennt, ist der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. [DIE WELT, wie alle Soros-Medien, hetzen deshalb gegen Widerständler wie Orbán](#): „Es seien die ‚unverantwortlichen Eurokraten in Brüssel, die liberalen Netzwerke des US-Milliardärs ungarisch-jüdischer Abstammung, George Soros‘, und deren ‚Komplizen‘, die Medien. Gemeinsam bildeten sie eine ‚neue Inquisition‘ mit einer Vorliebe für Folter und fromme Sprüche, um Häretiker zu disziplinieren.“ Es stimmt, [Orbán wiederholt immer und immer wieder](#): „Es ist das Imperium von George Soros, das mit sehr viel Geld Hunderttausende von Migranten nach Europa holt.“ Soros setzt seine sog. NGOs zur Durchsetzung seines Plans [zur Vernichtung der weißen Menschen Europas](#) ein. Deshalb hat die ungarische Regierung ein Gesetz erlassen, das Soros' ungarische NGOs zwingt, ihre fremden Finanzierungsquellen offenzulegen. Dieses Gesetz führte in der Soros-EU zum sog. „[Vertragsverletzungsverfahren](#)“ gegen Ungarn, wegen „[ungebührlichem Eingriff in das NGO-Gesetz](#)“. Mit dem NGO-Gesetz der EU wurde Soros de facto die Regierungsmacht über die gesamt EU verliehen.

Wer in der EU regiert, zeigte sich vor wenigen Tagen, als die italienische Regierung die NGOs anbettelte, verschärften Seekontrollen gegen „bezahlte Schleuser“ zuzustimmen. Die Handlangerregierungen sind verzweifelt, einerseits müssen sie Soros dienen, andererseits fürchten sie die Wut der weißen Resteuropäer. Deshalb der Versuch der italienischen Regierung, die sog. „NGOs zur Flüchtlingsrettung“ auf einen „Kodex“ zu verpflichten, dass ihre Schiffe nur bei Lebensgefahr für Flüchtlinge in libysche Hoheitsgewässer vordringen und dass sie ihre Geldquellen offenlegen. Der letzte Teil des Kodex' ist interessant, denn genau deshalb geht die EU gegen Ungarn vor. Derzeit holen die Soros-Schiffe die Parasiten an den libyschen Küsten ab und übergeben sie ihren EU-Handlangern. [SZ 25.07.2017](#): „Derzeit übergeben die Organisationen die Flüchtlinge auf hoher See der italienischen oder deutschen Marine. Schließlich sollen die Retter ihre Finanzierung offenlegen, staatliche Ermittler bei der Suche nach Schleusern unterstützen und italienische Justizbeamte an Bord lassen. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex hat kritisiert, die NGOs, die derzeit mit 13 Schiffen in internationalen Gewässern vor Libyen kreuzen, erleichterten objektiv die Geschäfte der Schlepper. ‚Sie laden die Flüchtlinge bei uns ab und lassen uns dann mit ihnen allein‘, sagt Staatsanwalt Eugenio Facciolla.“

Regierungen müssen also private Organisationen anbetteln, mit ihnen über Migrationsbedingungen zu verhandeln. Allerdings wurden die italienischen Kodex-Forderungen bereits abgelehnt, [Soros behält die Oberhoheit über die Migrationspolitik der EU](#): „Am Mittwoch hatte es ein erstes Treffen der Regierung mit den NGOs gegeben. Eine Einigung war an Einwänden der Organisationen gescheitert.“

Als die jüdisch-globalistischen Menschenvernichter 2015 Merkel mit der Flut beauftragten („In Westeuropa läuft ein Experiment, das in der Geschichte der Migration einzigartig ist: Nationen müssen ihre Identität wandeln“ – so der jüdische Harvard-Professor Yascha Mounk im SPIEGEL 40/2015, S. 126), um die weißen Menschen Europas endgültig zu vernichten, wurden dafür auch sämtliche juristische Maßnahmen getroffen. Da die Aufnahme der Parasiten gemäß GG 16a und dem Dublin-Abkommen illegal war, suchte das Bundesinnenministerium nur nach Anwälten, die keine Kompetenz beim Migrationsrecht hatten, um durchwinken zu können: „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) suchte vor einem Jahr ausdrücklich nach Juristen, die sich mit der Hauptmaterie des Hauses, dem Migrationsrecht, gerade nicht auskennen.“ (FAZ, 22.07.2017, S. 24)